tungen treffen die Partner in den Kooperationsvereinbarungen und den langfristigen Wirtschaftsverträgen insbesondere Vereinbarungen über:

1. die Festlegung von Normativen der langfristigen Kosten- und Preisentwicklung
2. die Festlegung von Kosten- und Preislimiten
3. die Gewährung von Preisvergünstigungen im Kooperationsverband (Vereinbarung von Vorzugspreisen) unter Ausnutzung der sich durch die Zusammenarbeit der Kooperationspartner ergebenden spezifischen Möglichkeiten einer Produktion mit niedrigen Selbstkosten
4. die Anwendung des Prinzips der Nutzensteilung bei der Preisbildung
5. die Anwendung von Preiszu- und -abschlägen
6. die Gewinn- oder Verlustbeteiligung
7. die Beteiligung am Außenhandelsergebnis und an Valutaanrechten
8. die gemeinsame Finanzierung von Rationalisierungs- und Investitionsvorhaben sowie Forschungs- und Entwicklungsleistungen.

§15

(1) Erfüllt ein am Kooperationsverband beteiligter Partner die sich für ihn aus der Kooperationsvereinbarung ergebenden Verpflichtungen gemäß §§ 11 und 12 nicht oder nicht ordnungsgemäß, so ist er verpflichtet, die dadurch den anderen Partnern entstandenen Aufwendungen und Schäden nach den entsprechenden Bestimmungen des Vertragsgesetzes zu ersetzen.

(2) Für den Fall der Nichterfüllung, der nicht qualitätsgerechten und der nicht termingerechten Erfüllung der Verpflichtungen aus den Wirtschaftsverträgen haben die Partner Preissanktionen zu zahlen. Die Höhe der Preissanktion ist im Wirtschaftsvertrag zu vereinbaren. Die Verpflichtung zum Ersatz eines weitergehenden Schadens wird hierdurch nicht berührt.

(3) Wurde eine Vereinbarung nicht getroffen, so beträgt die Höhe der Preissanktion die Hälfte der in gesetzlichen Bestimmungen festgelegten Vertragsstrafensätze. Die für Vertragsstrafen geregelten Höchstbeträge gelten auch als Höchstbeträge für Preissanktionen.

7. Abschnitt

Entscheidung von Streitigkeiten

§16

(1) Die Partner der Kooperationsvereinbarung sind verpflichtet, auftretende Streitfälle über den Abschluß, die Gestaltung und die Erfüllung der Kooperationsvereinbarung eigenverantwortlich zu lösen. Die Leiter der übergeordneten Organe haben die Partner bei der Lösung des Streitfalles zu unterstützen.

(2) Die Leiter der Staats- und Wirtschaftsorgane sind verpflichtet, bei Streitfällen über den Abschluß, die Gestaltung und die Erfüllung der Kooperationsvereinbarungen, die von den Partnern nicht eigenverantwortlich gelöst werden können, vorrangig eine Entscheidung gegebenfalls in Abstimmung mit den Leitern anderer Staats- und Wirtschaftsorgane herbeizuführen.

(3) Wird durch Maßnahmen gemäß Absätzen 1 und 2 keine Lösung der Streitfälle herbeigeführt, kann das Staatliche Vertragsgericht zur Entscheidung angerufen werden. Der Vorsitzende des Staatlichen Vertragsgerichts ist berechtigt, den Leitern der übergeordneten wirtschaftsleitenden Organe und den Ministern Aufträge zur Herbeiführung notwendiger in ihrem Verantwortungsbereich liegender Entscheidungen zu erteilen.

(4) Für das Verfahren über die Gestaltung und Erfüllung von Kooperationsvereinbarungen gelten im übrigen die Bestimmungen der Verordnung vom

18. April 1963 über die Aufgaben und die Arbeitsweise des Staatlichen Vertragsgerichts (GBl. II S. 293) in der Fassung der Änderungsverordnung vom 9. September 1965 (GBl. II S. 711).

8. Abschnitt

Schlußbestimmung

§17

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 1. März 1968 in Kraft.

Berlin, den 21. Dezember 1967

**Der Ministerrat
der Deutschen Demokratischen Republik**

Stoph
Vorsitzender